

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Generaldebatte) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Asylpolitik verschärfen

Bereits jetzt übererfüllt Wien die österreichweite Asylquote um weit über 150 Prozent und dennoch sollen weitere illegale Migranten aufgenommen werden. Auch die angeblich unbegleiteten Minderjährigen sind nur allzu oft ausgewachsene junge Männer, die versuchen, juristische Vorteile für Minderjährige für sich zu nutzen. Ausweisdokumente besitzen diese Personen so gut wie nie. Die angeblich restriktive Zuwanderungspolitik des ÖVP-Innenministers ist reine Worthülse. So ist die Zahl der Asylanträge österreichweit weiter auf sehr hohem Niveau.

Der Budgetdienst beziffert die finanzielle Belastung durch illegale Einwanderer allein für das Jahr 2022 mit sagenhaften 1,9 Milliarden Euro. 2019 beliefen sich die Ausgaben noch auf 1,5 Milliarden, und dieses Jahr explodieren sie gar auf 2,6 Milliarden.

43 748-Asylanträge wurden von Jänner bis September 23 in Österreich gestellt.

Damit wird Ende des Jahres nach 2015 und 2022 der dritthöchste Wert an Asylanträgen zu Buche stehen, und jeder einzelne der Asyl Touristen wird das Budget weiter belasten.

Erst vor kurzem wurde zufällig auch noch ein Wohnmobil mit automatischen Waffen aufgehalten. Was illegal in unser Land in den letzten Jahren an Waffen eingeführt wurde, lässt sich leider nicht feststellen. Aber die Gefahr für die Bevölkerung durch schwere Waffen im Zusammenhang mit massenhafter illegaler Einwanderung ist augenscheinlich. Lediglich eine strikte Asylpolitik kann dieses Treiben stoppen.

Die Gewaltbereitschaft von Asylwerbern und subsidiär Schutzsuchenden wird zunehmend zum Problem. Besonders schockierend ist der Umstand, dass man sich gegen Entscheidungen der Asylbehörden wehren kann, wenn man gleichzeitig die Werte des Staates, in denen man Schutz sucht mit Füßen tritt. Tausende

Verbrechen und Vergehen jedes Jahr durch Asylwerber und subsidiär Schutzsuchenden zeigen den dringenden Handlungsbedarf auf. Für jedes Verbrechen bleibt zumindest ein traumatisiertes Opfer zurück. Während für Asylwerber Geld und Anwälte zur Verfügung stehen, bleiben die Opfer unversorgt zurück.

Wer nicht bereit ist, unsere Werte zu achten und nach der österreichischen Rechtsordnung zu leben, hat sein Recht auf Aufenthalt verwirkt. Bei Straffälligkeit müssen auch laufende Asylverfahren gestoppt und die Abschiebung ins Herkunftsland eingeleitet werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung auf, die Asylpolitik zu verschärfen und darauf hinzuwirken, dass insbesondere

1. die Errichtung von Asylzentren in Drittstaaten verfolgt wird, sodass das Asylrecht wieder auf den ursprünglichen Gedanken der Genfer Konvention zurückgeführt wird,
2. die Überprüfung der Gefährdungslage in den Herkunftsländern laufend nach objektiven Kriterien erfolgt und Abschiebungen dorthin weiter konsequent durchgeführt werden,
3. die rechtlichen Bestimmungen dahingehend angepasst werden, sodass rechtskräftig Verurteilten der Asylstatus im Eilverfahren abzuerkennen ist bzw. eine Weiterführung des Verfahrens versagt werden kann,
4. die Möglichkeit geschaffen, und auch genutzt wird, laufende Asylverfahren von straffällig gewordenen Schutzsuchenden zu stoppen, sodass die Abschiebung umgehend eingeleitet werden kann,
5. die Möglichkeit zur Verhängung von Gebiets- und Reisebeschränkungen bzw. -verboten über abzuschiebende Asylwerber nach dem Vorbild anderer Europäischer Staaten geschaffen wird, sowie

den § 13 Abs 3 BFA-Verfahrensgesetz dahingehend zu ändern, dass im Zweifel über das Alter eines Fremden von einer Volljährigkeit auszugehen ist.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

